

Dr. Wolfgang Bleicher Obere Str., 34/2 72119 Ammerbuch

Herrn
Landrat Joachim Walter
Landratsamt Tübingen
Wilhelm-Keil-Str. 50

72072 Tübingen

Dr. Wolfgang Bleicher

Kreistagsfraktion
Bündnis 90 / Die Grünen

Obere Str. 34/2
72119 Ammerbuch
Tel 07073-3546
E-Mail: Wolfgang.Bleicher@online.de

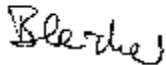
Ammerbuch, den 15.3.2007

Initiativantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Stand der Vorbereitungen der Energieagentur

1. Die Verwaltung wird beauftragt, über den Stand der Vorbereitungen und die Konzeption der geplanten Energieagentur im Landkreis Tübingen zu berichten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Antrag auf Förderung einer kommunalen Energieagentur für den Kreis Tübingen zu stellen. Der Antrag wird so rechtzeitig gestellt, dass der Kreis noch in das Bewilligungsverfahren 2007 kommt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den vorgesehenen Partnern sicherzustellen, dass die Gründung der Energieagentur noch im Jahr 2007 stattfinden kann.

Für die Fraktion:



Wolfgang Bleicher

Gerd Hickmann

Begründung

Die von der Kreisverwaltung aufgenommenen Vorbereitungen zur Gründung einer Energieagentur im Kreis Tübingen werden begrüßt.

Die Erfahrung in Baden-Württemberg und auch deutschlandweit hat gezeigt, dass im Energiebereich eine intensive Fachkenntnis und Beratung vor Ort essentiell für einen signifikanten Beitrag zum Klimaschutz erforderlich ist. Dachorganisationen wie die Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg haben zwar die Fachkenntnis, können aber keine wirksame Beratung für Einzelpersonen leisten.

Kommunale Energieagenturen haben folgende Aufgaben:

- Beratung von kommunalen Gebietskörperschaften, Firmen und Einzelpersonen auf den Gebieten
 - Energieeinsparung, effiziente Energieverwendung
 - Information über Förderprogramme, Finanzierungsmöglichkeiten, Contracting
 - Erstellung von Energieanalysen (Wärmepass) für Liegenschaften
 - Vermittlung von lokalen Planern und Handwerksbetrieben zur Umsetzung von Maßnahmen
 - Erstellung von standardisierten Energieberichten für kleinere Gemeinden, bei denen kein Know-how vorhanden ist.
- Entwicklung von lokalen Klimaschutzprogrammen, z.B.
 - Programme zur Erzeugung und Vermarktung von erneuerbaren Energien in der Landwirtschaft (Biogas, Spirit).
 - Zusammenführung von Dachflächen und Investoren von Fotovoltaikanlagen

Dadurch bleibt die Wertschöpfung zum größten Teil in der Region und trägt damit zur Förderung der regionalen Wirtschaft bei. Bisher fließt der allergrößte Teil der Aufwendungen für Energie aus der Region hinaus. Eine Kaufkraftbindung am Ort kommt unserer Gemeinschaft positiv entgegen. Wichtig für die Erstellung der richtigen Konzepte ist aber die genaue Kenntnis der einzelnen Energieströme im Detail, um dann die zukunftsweisenden Festlegungen treffen zu können.

Unsere Region gehört zu den wenigen Gebieten in Baden-Württemberg, die noch keine Energieagentur haben. Dabei sind im Kreis Tübingen die Voraussetzungen besonders günstig:

- Fachkompetenz durch Hochschulen vor Ort (Universität Tübingen, Fachhochschule Rottenburg) sowie durch spezialisierte Ingenieurbüros (z.B. ebök)
- Motivation und Kompetenz bei den Städten
- Motivation und Kompetenz beim örtlichen Fachgewerbe
- Potenzial für nachwachsende Rohstoffe durch lebendige landwirtschaftliche Infrastruktur

Träger bzw. Mitwirkende der Energieagentur könnten sein:

- Der Landkreis
- Die IHK
- Die Hochschulen im Kreis Tübingen
- Die örtlichen Energieversorger
- Einzelne Gemeinden im Landkreis

Die Einrichtung von kommunalen Energieagenturen wird derzeit vom Land gefördert. Eine rechtzeitige Antragsstellung ist jedoch erforderlich, weil die Mittel beschränkt sind. Im Jahr 2006 waren nur Anträge erfolgreich, die im ersten Halbjahr gestellt wurden.

Dr. Wolfgang Bleicher Obere Str. 34/2 72119 Ammerbuch

Herrn
Landrat Joachim Walter
Landratsamt Tübingen
Wilhelm-Keil-Str. 50

72072 Tübingen

Dr. Wolfgang Bleicher

Kreistagsfraktion
Bündnis 90 / Die Grünen

Obere Str. 34/2
72119 Ammerbuch
Tel 07073-3546
E-Mail: Wolfgang.Bleicher@online.de

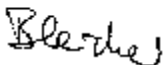
Ammerbuch, den 15.3.2007

Initiativantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Einführung eines Energiemanagements für die Liegenschaften des Landkreises

1. Die Verwaltung erstellt einen jährlichen standardisierten Energiebericht nach dem Modell der Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg (KEA).
2. Die Bewirtschaftung der Kreis-Liegenschaften wird mit dem Energie-Managementmodell der KEA durchgeführt.

Für die Fraktion:



Wolfgang Bleicher

Gerd Hickmann

Begründung:

Das jetzige Energiesystem belastet unsere Atmosphäre, Böden und Gewässer mit Schadstoffen und Treibhausgasen. Noch immer werden mehr als 80 Prozent des deutschen Energiebedarfs mit fossilen Brennstoffen gedeckt. Jedes in Kohle, Gas oder Öl vorhandene Kohlenstoffatom wird bei der Verbrennung der Energieträger in das klimaschädliche Kohlendioxid (CO₂) umgewandelt. Es ist inzwischen wissenschaftlich gesichert, dass die Klimaerwärmung bereits stattfindet und dass sie zumindest teilweise vom Menschen verursacht wurde.

Die Kommunen sind aufgefordert, ihren Beitrag zur Reduzierung des Energieverbrauchs zu leisten. Im Rahmen von Einspar-Contracting-Modellen ist dies sogar mit gleichzeitigen finanziellen Einsparungen bzw. zumindest kostenneutral möglich.

Das Energiemanagement nach dem KEA-Modell bietet den Vorteil einer ausgereiften Lösung, die landesweit empfohlen wird und eine Vergleichbarkeit mit anderen Kreisen und Kommunen ermöglicht.

Das kommunale Energiemanagement nach dem KEA - Modell

Die Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg (KEA) ist ein 1994 gegründetes Unternehmen, Mehrheitsgesellschafter ist das Land Baden-Württemberg.

Das KEA-Modell für kommunales Energiemanagement zielt auf eine logistisch optimierte und für die kommunale Gebietskörperschaft risikominimierte Einführung eines kommunalen Energie Managements (KEM) für Liegenschaften der öffentlichen Hand ab, das sich über die erzielten und nachgewiesenen Energiekosteneinsparungen selbst finanziert.

Dazu gehört monatliches Verbrauchscontrolling, die Optimierung der vorhandenen Regelungstechnik, Schulung des Betriebspersonals, Sensibilisierung der Gebäudenutzer, Vorschläge für investive Maßnahmen und die Erstellung eines standardisierten jährlichen Energieberichts, der einen landesweiten Vergleich ermöglicht. Zusätzlich partizipiert die Kommune an der Kosteneinsparung.

Basis ist ein Einspar-Contracting-Modell, d.h. die Dienstleistung refinanziert sich über die tatsächlich erzielten Verbrauchsreduktionen und ist für den Landkreis im schlechtesten Fall kostenneutral.

In Zeiten knapper Kassen ist dies ein sehr interessantes Modell, Anliegen des Klimaschutzes mit der gewünschten Haushaltskonsolidierung zu verbinden.

Weitere Hintergrundinformationen

Der aktuelle UN-Klimabericht (s. Anlage 1) hat einen Anstieg der weltweiten Erwärmung bis zum Jahr 2100 um bis zu 6,4°C prognostiziert - sofern die Politik am „business as usual“ festhält. Auch beim niedrigsten Szenario, das auf Grund des wachsenden Energiebedarfs der Entwicklungsländer sehr unwahrscheinlich ist, wird eine wahrscheinliche Erwärmung um 1,8 °C geschätzt. Eine solche Entwicklung verdeutlicht, dass massive Energieeinsparungen sowie der Ausbau der erneuerbaren Energien die zentralen Aufgaben der Energiepolitik der nächsten Jahrzehnte sein werden.

Der kürzlich erschienene Bericht des von der britischen Regierung beauftragten ehemaligen Chef-Ökonoms der Weltbank Nicolas Stern¹ untermauert diese Zahlen mit wirtschaftlichen Prognosen,

¹ http://www.hm-treasury.gov.uk/media/A81/1F/stern_shortsummary_german.pdf

nach denen auf die Menschheit Kosten in Höhe von 5,5 Billionen Euro zukommen würden, wenn nichts gegen den Klimawandel unternommen werden würde. Ein Gegensteuern wäre deutlich kostengünstiger.

Die Europäische Union hat dies erkannt und sich klare Ziele für die Entwicklung der erneuerbaren Energien gesetzt:

die Erhöhung des Anteils am Gesamtenergieverbrauch auf 12% bis 2010, auf 20% bis 2020,

die Steigerung des Anteils an der Stromerzeugung auf 21 % bis 2010

die Steigerung des Anteils der Biokraftstoffe auf 10% bis 2020.

Daneben soll eine Steigerung der Energieeffizienz um 20 % bis 2020 erreicht werden.

Ziele der Bundesregierung:²

Anteil am Gesamtenergieverbrauch 10 % bis 2020 (auf 50 % bis 2050)

Anteil an der Stromerzeugung auf 12,5 % bis 2010 (auf 20 % bis 2020)

Anteil der Biokraftstoffe auf 5,75 %.

Ziele der Landesregierung BW:³

Anteil am Gesamtenergieverbrauch 4,8% bis 2010

Anteil an der Stromerzeugung auf 11,5% bis 2010

Anteil der Biokraftstoffe auf 5,75 %.

Konsequenzen für den Landkreis: Bevor mit den eigentlichen Umsetzungen der Handlungsfelder begonnen werden kann, ist es notwendig, die dazu erforderlichen Grundlagen zu schaffen. Die Erstellung eines standardisierten Energieberichts und die Beratung durch vom Land geförderte Agenturen erscheinen uns als unverzichtbar.

² www.bmu.de/erneuerbare_energien/aktuell/doc/1235.php

³ <http://www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/20968/>

Anlage 1 zum Energieantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Der IPCC Report 2007⁴ präsentiert sechs Szenarien. Im besten Fall sei bis 2100 mit einer Erwärmung von 1,1 bis 2,9 Grad Celsius zu rechnen, im schlimmsten Fall mit 2,4 bis 6,4 Grad. Am wahrscheinlichsten sei ein Anstieg um 1,7 bis 4 Grad. Der Meeresspiegel werde bis 2100 im besten Szenario um 19 bis 37 Zentimeter, im schlimmsten Fall um 26 bis 59 Zentimeter steigen.

Der Bericht fasst den Klimawandel in Zahlen:

- Der Kohlendioxid-Gehalt der Luft ist seit 1750 um 35 Prozent gestiegen - von 280 auf 379 Teilen pro Million im Jahr 2005. Der heutige Wert ist der größte seit 650.000 Jahren. 78 Prozent der Erhöhung gehen auf die Nutzung fossiler Brennstoffe zurück, 22 Prozent auf die Nutzung von Landflächen, etwa durch Rodungen.
- Andere wichtige Treibhausgase wie Methan oder Lachgas sind zusammen etwa halb so stark an der Erwärmung beteiligt wie der Anstieg des Kohlendioxids. Die Konzentration von Methan und Lachgas hat seit 1750 um 148 bzw. 18 Prozent zugenommen.
- Die Erwärmung des Klimasystems ist "ohne jeden Zweifel vorhanden". Die globale Oberflächentemperatur ist um 0,74 Grad gestiegen; elf der letzten zwölf Jahre waren die wärmsten seit Beginn der Aufzeichnungen.
- Die Temperaturzunahme der letzten 50 Jahre ist doppelt so hoch wie die der letzten 100 Jahre.
- Die Arktis hat sich doppelt so stark erwärmt wie im globalen Mittel.
- Die Häufigkeit heftiger Niederschläge hat zugenommen.
- Klima-Rekonstruktionen besagen, dass die Temperaturen der vergangenen 50 Jahre sehr wahrscheinlich höher waren als jemals zuvor in den vergangenen 1300 Jahren.
- Die schneebedeckte Fläche hat seit 1980 um etwa 5 Prozent abgenommen.
- Die Gletscher schmelzen weltweit und lassen die Weltmeere derzeit um 0,8 Millimeter pro Jahr zusätzlich steigen.
- Das Meereis in der Arktis ist seit 1978 im Jahresmittel um acht Prozent zurückgegangen und im Sommer um 22 Prozent. In der Antarktis ist dagegen kein Rückgang zu beobachten.
- Neben dem Meereis geht auch das Festlandeis in Grönland und der Antarktis zurück: Die Schmelze und Gletscherabbrüche und tragen 0,4 Millimeter pro Jahr zum Meeresspiegelanstieg bei.
- Die Temperaturen in den oberen Schichten des Permafrostbodens sind seit 1980 um drei Grad gestiegen, die Fläche des saisonal gefrorenen Bodens hat seit 1900 um sieben Prozent abgenommen, im Frühling sogar um 15 Prozent.
- Die Ozeane sind im globalen Mittel wärmer geworden, bis in Tiefen von 3000 Meter. Diese Erwärmung trägt durch die Ausdehnung des Wassers ebenfalls zum Anstieg des Meeresspiegels bei.
- Der Meeresspiegel ist seit 1993 durchschnittlich um etwa drei Millimeter pro Jahr gestiegen, im 20. Jahrhundert um 17 Zentimeter. Mehr als die Hälfte davon geht auf die thermische Ausdehnung des Ozeans zurück, etwa 25 Prozent auf das Abschmelzen der Gebirgsgletscher und rund 15 Prozent durch das Abschmelzen der Eisschilde.

Selbst wenn alle CO₂-Emissionen sofort gestoppt würden, stiege die Temperatur noch um weitere 0,6 Grad, da das Klimasystem nur sehr träge reagiert. Der Meeresspiegel werde auch dann noch "über viele Jahrhunderte" steigen. Sollte die Erwärmung aber deutlich über drei Grad bis zum Jahr 2100 liegen, würde das Festlandeis Grönlands vollständig abschmelzen - mit wahrscheinlich katastrophalen Folgen für die Küstengebiete der Welt.

⁴ http://www.awi.de/de/aktuelles_und_presse/ausgewaehlte_themen/klimawandel/ipcc_bericht_2007/zusammenfassung/

Dr. Wolfgang Bleicher Obere Str., 34/2 72119 Ammerbuch

Herrn
Landrat Joachim Walter
Landratsamt Tübingen
Wilhelm-Keil-Str. 50

72072 Tübingen

Dr. Wolfgang Bleicher

Kreistagsfraktion
Bündnis 90 / Die Grünen

Obere Str. 34/2
72119 Ammerbuch
Tel 07073-3546
E-Mail: Wolfgang.Bleicher@online.de

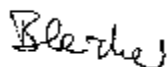
Ammerbuch, den 15.3.2007

Initiativantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Bezug von Strom durch den Landkreis Tübingen

1. Der Landkreis Tübingen stellt zum nächst möglichen Zeitpunkt seinen Bezug elektrischer Energie zunächst zu einem Drittel der Verbrauchsmenge auf Strom aus regenerativen Quellen (EE-Strom) um.
2. Die Verwaltung macht dem Kreistag einen Vorschlag, welche Liegenschaften mit EE-Strom versorgt werden sollen.
3. Der angebotene Strom soll zu mindestens 50 Prozent aus erneuerbaren Energien und maximal zu 50 Prozent aus Kraftwärmekopplungs-Anlagen stammen.

Für die Fraktion:



Wolfgang Bleicher

Gerd Hickmann

Begründung

Strom aus herkömmlicher Produktion mit einem hohen Anteil an fossilen Energieträgern verursacht hohe CO₂-Emissionen. Die Verminderung des Stromverbrauchs und der Bezug von Strom aus erneuerbaren Energien (EE-Strom) gehören daher zu den klimaschutzpolitisch wirkungsvollsten Maßnahmen. Mit dem Bezug von EE-Strom kann der Landkreis seine CO₂-Emissionen unmittelbar senken und einen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Von EE-Strom ist dann zu sprechen, wenn der Strom nicht aus ohnehin bereits bestehenden regenerativen Energiequellen stammt, sondern ein "zusätzlicher Umweltnutzen" entsteht. Dieser tritt dann ein, wenn die Nachfrage nach einem Stromprodukt zu einer Ausweitung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien führt, die über die Strommenge hinausgeht, die aufgrund anderer öffentlicher Fördermaßnahmen ohnehin erzeugt wird.

Um einen zusätzlichen Umweltnutzen sicherzustellen, muss der EE-Stromanbieter den Neubau von Kraftwerken auf der Basis erneuerbarer Energien oder effizienter gasbetriebener Kraft-Wärme-Kopplung nach quantifizierten Mindestbedingungen fördern. Um dies sicherzustellen, wurden entsprechende Gütesiegel eingeführt.

Öffentliche Auftraggeber haben Beschaffungen im Wettbewerb und im Wege transparenter Vergabeverfahren vorzunehmen. Bis vor wenigen Jahren war die vergaberechtliche Zulässigkeit einer Ausschreibung von EE-Strom noch umstritten. Bestehende Rechtsunsicherheiten sind zwischenzeitlich durch die Europäische Kommission und Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs beseitigt worden.

Der europäische Gesetzgeber hat dieser Entwicklung im Rahmen der Richtlinie über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge (Vergabekoordinierungsrichtlinie - VKR) vom 31. März 2004 Rechnung getragen.

Eine Möglichkeit ist, den Strombezug des Landkreises sukzessive nach dem Modell des Bundesumweltministeriums auszuschreiben, welches eine Grundlage für eine Beschaffung von EE-Strom nach einheitlichen Kriterien und mit einem effektiven Umweltnutzen darstellt. Behörden haben damit die Möglichkeit, aufeinander abgestimmt EE-Strom einzukaufen und die klimaschutzpolitischen Zielsetzungen der Bundesregierung auch durch die eigene Beschaffungspolitik vorbildhaft zu unterstützen.

Übrigens: Erneuerbare Energien sind ein Jobmotor. Bereits heute sind 170.000 Arbeitsplätze in diesem Bereich angesiedelt, bis 2020 werden es über 300.000 sein.